



Über Zukunftsperspektiven für den Tourismus diskutierten die Teilnehmer der Chiemseekonferenz im Gemeindehaus in Greinharting. Fotos: rse

# „See verbarrikiert“

Gstads Bürgermeister Alois Utz kritisiert zunehmende Verbuschung

**Chiemsee. Der Entbuschung des Chiemseeufers war ein Hauptreferat bei der 15. Chiemseekonferenz im Gemeindehaus Greinharting gewidmet. Gstads Bürgermeister Alois Utz setzte sich vehement für ein hartes Durchgreifen ein, um an ausgewählten Stellen wieder freien Blick auf See und Berge zu schaffen. „Der See ist zurzeit ja verbarrikiert wie eine viel befahrene Autobahn“, klagte Utz.**

Ziel müsse sein, den Zustand von Mitte des 20. Jahrhunderts wieder herzustellen, als die traumhaften Ausblicke nicht nur die berühmten Chiemseemaler anlockten. Auch in der Landschaftsschutz-Verordnung sei klar formuliert, dass malerische Ausblicke zu sichern sind. Hier sei in den letzten Jahren einiges schief gelaufen. Die Eigentumsverhältnisse seien allerdings schwierig, oft würden Eigeninteressen vor berechtigte öffentliche Interessen gestellt. Utz wünschte sich hier weniger Scheu in den Amtsstuben und wesentlich rigideres Vorgehen,

um „selbst ernannten Landschaftsgärtnern dort Einhalt zu gebieten, wo die Landschaft durch deren Pflanzwut entstellt worden ist“. Man habe jahrzehntlang zu viel geduldet. Die Schiefelage sei auch im neuen Gewässerentwicklungsplan bewiesen worden.

Silberstreif am Horizont seien die Maßnahmen in den Gemeinden Seon-Seebruck und Chieming (wir berichteten), so Utz. Auf der Gegenseite gebe es immer wieder Rückschläge. Im Endeffekt helfe nur, die bäuerliche Landwirtschaft zu fördern: „Die Landwirte haben im Um-

gang mit Sense und Säge in Jahrhunderten bewiesen, dass sie zum Nulltarif für den Staat die Kulturlandschaft am besten und mit hohem praktischen und von Bodenständigkeit geprägten Sachverstand nutzen, pflegen und erhalten können.“

Auch AZV-Chef Florian Hoffmann sah in diesem Bereich akuten Handlungsbedarf. In der Diskussion wurde bestätigt, dass sich die Verhandlungen mit privaten Grundeigentümern selbst bei kleinsten Maßnahmen äußerst schwierig gestalten. Es wurde darauf verwiesen, dass auch Gebäude die Sicht versperren können und hier ebenfalls auf eine behutsame Entwicklung geachtet werden müsse. Die Kommunalpolitik sei sich der hohen Verantwortung bewusst, er wehre sich aber gegen kompletten Stillstand, entgegnete Hoffmann. rse